

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementspreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,60 Mk., vierteljährlich 4,80 Mk. — Zeit- und Verjüngungsrate kosten pro Seite 25 Pf. — Geschäftsberichte werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: H. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Schmidt in Bochum, Bismarckstr. 33-34. Telefon-Nr. 98 u. 89. Telegr.-Adr.: Hildersbach Bochum.

Licht im Osten! — Preussische Krisis!

„Ruhland hat Waffenstillstand angeboten, Rumänien schlägt sich an!“

Als der elektrische Funke diese Völkerschaft durch den Welttraum trug, da ging eine tiefe seelische Erschütterung durch die Völker. Der erste wirkliche Lichtstrahl nach mehr als dreiähriger, tieferdunkler Kriegsnacht! Zum ersten Mal eine nicht auf unkontrollierbare, trügerische Gerüchte begründete Hoffnung, daß der widerwärtige Wahnsinn, der die sich zerfleischende Menschheit ergriff hat, in absehbarer Zeit ausgelöst hat. Im Osten ging das Licht der Hoffnung auf, und von der sonst vielfach mißachteten russischen Arbeiter- und Bauerschaft ist der Welt dies Freudenfeuer angezündet worden.

Nachdem die sehr gemischte Regierung unter Kerenskys Präsidium sich nicht bereit gefunden hatte, die natürlichen Folgen aus der den Bolschewisten stützenden Revolution zu ziehen, sondern auch sich als den Bundesgenossen der westmächtlchen Kriegstreiber betrachtete, mußte eine neue Umwälzung die entschieden freidenkenden Sozialisten an die Regierungsgewalt bringen. Die sozialistischen Führer Lenin und Trotzky haben nach schweren Kämpfen die Führung des Staats Schiffes übernommen, immer noch wütend bekämpft von allen Interessenten an einer weiteren Kriegsführung, um des „Nubius“ und des handgreiflichen Gewinnes willen. Aber Lenin-Trotzky, immer fester gestützt durch die Arbeiter- und Soldatenräte, wurden immer mehr Herren der Lage.

Nun rufen sie der für die Völker so unheilvoll gewordenen Geheimdiplomatie, die in Geheimverträgen ahnungslose Völker und Staaten verschänderte, wie man Vieh verhandelt, die Waage ab durch die rücklichtlose Veröffentlichung der geheimen Abmachungen zwischen den Feinden der Mittelmächte. Diese Tat schon fichert der sozialistischen russischen Regierung den unauflöselichen Dank der ganzen Menschheit. Die Geheimdiplomatie muß nun überall erledigt sein!

Dann forderte die neue Regierung sämtliche Kriegführenden zur sofortigen Eröffnung der Friedensverhandlungen auf. Das ist natürlich ein wünschendes Geheul der Anhänger des Krieges, „bis zum bitteren Ende“ aus. Die englische, französische, italienische und die amerikanische Regierung lehnten die Anerkennung der „Vollstreckung“ Lenin-Trotzky als Repräsentanten Rumlands entschieden ab. Die Meinungen der Mittelmächte aber erklärten wieder ihre Bereitwilligkeit zu Friedensverhandlungen.

Die neue russische Regierung will einen allgemeinen Frieden, hat aber erkennen lassen, daß sie, wenn die anderen nicht anders wollen, dann willens ist, mit Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und Türkei einen Sonderfrieden abzuschließen. „Ruhland ist nicht der Bataillon der Westmächte, die mit diesen von der zaristischen Regierung geschlossenen Verträge sind für das revolutionäre Ruhland, das den Frieden ohne Amerikaner und Entschädigungen will, nicht bindend.“ Das ist der Standpunkt, auf den sich die neue russische Regierung gestellt hat.

Im Verfolg deselben hat sie den Mittelmächten das Angebot eines Waffenstillstandes gemacht, und das Angebot ist angenommen worden! Während wir dies schreiben, wird zwischen russischen, deutschen, österreichisch-ungarischen, bulgarischen und türkischen Bevollmächtigten über einen Waffenstillstand verhandelt. Am 5. d. Mts. kam die hochherrliche Nachricht, daß auch Rumänien sich an den Verhandlungen beteiligt!

Was die leidende Menschheit seit drei blutigen Jahren als den Anfang vom Ende der wahnwitzigen Menschenschlächtereier erlebt, nun im Weihnachtsmonat des Jahres 1917, ist es eingetreten: Die Waffen ruhen! Wenn auch zunächst nur an den Ostfronten, und wenn auch zunächst nur zur Aushahnung einer friedlichen Verständigung. Aber der Anfang ist da.

Im Westen und Süden tobt noch der Krieg. Nur in der Hoffnung auf verheißene amerikanische Hilfe, die Präsident Wilson jedoch wieder in Aussicht stellte, gehen die Westmächte den Krieg fort. Das hat kein Geringeres als Ludendorff ausgesprochen und damit bestätigt, was die Gegner des unbeschränkten U-Bootkrieges über dessen Fernwirkungen voraus sagten. Andernfalls hat sich klar herausgestellt, daß die überlaut vorgetragenen Prophezeiungen über die raschen Wundererfolge des U-Bootkrieges eben — Prophezeiungen waren, wie die einst gehörten von den „kurzen Dauer“ des Weltkrieges überhaupt.

Nun das friebeliebende Ruhland sich zur Verständigung bereit erklärt hat, darf nicht die ungeheure Gefahr heraufbeschworen werden, daß durch Forderungen, die das zum Frieden bereitete Ruhland zu demütigen geeignet sind, die Friedenshoffnungen abermals auf vier Jahre lang vernichtet werden! Ruhland ist wohl geschwächt, aber nicht schwächlich. Es besitzt unerschöpfliche Kräfte, die sich früher oder später mit Macht gegen die rechten Würden, denen es nicht ehrlieh um einen Frieden

bauernder Art, ohne nationale Demütigung und wirtschaftliche Vergewaltigung, zu tun ist. Wer die Kriegspartei in Ruhland wieder zur Herrschaft, uns in Dauerfeindschaft mit dem russischen Volk bringen will, der mag die Annexionsforderungen anderer „Abenteurer“ und „Vaterlandspartheier“ vertreten. Die nächsten Wochen, vielleicht Tage, müssen die Entscheidung bringen, ob das Licht im Osten erlischt, wieder die entsetzliche Kriegsnacht sich auf die Menschheit lagert, oder ob das vorerst noch schwache Leuchten zu einer loderbenden Flamme wird, die mit ihrem gegenwärtigen Schein alle Kulturvölker dem Dunkel des Kriegswahnsinns entzückt.

Dann nur werden wir wieder Weihnachten feiern können nach der altchristlichen Weise: „Und Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!“

Der Beginn der Wahlrechtsdebatten im preussischen Landtag hat die preussische Krisis in Deutschland mit voller Klarheit enthüllt. Ministerpräsident Graf Hertling und der Innenminister, Herr Drews, haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Parteien die Verantwortlichkeit und Staatsgewalt auch des „niederen Volkes“ großartig enthüllt habe, auf das gleiche Wahlrecht! Es sei dies eine fittliche Forderung, deren Ablehnung sogar „schwere innere Erschütterungen“ im Gefolge haben könne! In sehr eindringlicher Weise trat auch der Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums, Herr Dr. Friedberg, (vorm. nationalliberaler Fraktionsführer), für die Wahlreform ein. Was dieser alte Parlamentarier sagte über die absolute Notwendigkeit, unumkehrbar das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht einzuführen, wenn der Staat die noch ganz unabhätbaren Nachwirkungen des verheerenden Krieges überleben sollte, das waren recht beherzt-gemessene Erkenntnisse.

Trotz dieses vollkommenen Appells an die staatsmännliche Einigkeit und an den Gerechtigkeitsinn erklärte sich der Führer der Konservativen im Namen seiner ganzen Fraktion entschieden gegen das gleiche Wahlrecht! Der Wortführer der Zentrumsfraktion teilte mit auch ein Teil seiner Freunde sei noch gegen das gleiche Wahlrecht! Der nationalliberale Parteivertreter erklärte, „nur einige“ seiner Fraktionsgenossen seien bereit, für das gleiche Wahlrecht zu stimmen. „Verstärkung und Bildung“ müßten bei der Wahlrechtsabmehung stärker berücksichtigt werden! Im gleichen Sinne sprach sich der Führer der Freikonserativen aus.

Für das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht sprachen und erklärten die geschlossene Zustimmung ihrer Fraktionen die Freiwirtschaftliche Volkspartei, die Polen, die Sozialdemokraten und die Tünen. Das Ergebnis der mehrtägigen ersten Beratung der Wahlrechtsvorlagen läßt sich kurzweg dahin zusammenfassen:

Obgleich nach dem Regierungsvorschlag das Wahlrecht an eine mindestens dreijährige Staatszugehörigkeit und eine mindestens einjährige Wohnsitzdauer im Wahlbezirk geknüpft werden soll, obgleich das „Herrnhaus“ als Stimmrecht bestehen bleiben soll, hat sich doch eine aus Konservativen, Freikonserativen, dem weitestens größten Teil der Nationalliberalen und einem Teil des Zentrums bestehende erhebliche Mehrheit von Landtagsabgeordneten gegen das gleiche Wahlrecht erklärt!!!

Diese Mehrheit wird auch in der Kommission vorhanden sein, die nach Wiederzusammentritt des Landtages im neuen Jahre (2. Hälfte Januar 1918) ihre Arbeiten aufnehmen. Also ist die Sache klar. Eine reformfeindliche Mehrheit im Landtag will nicht das vom König verprochene und von der Regierung sehr gut begründete gleiche Wahlrecht! Alles Reichstagen und Dringlichkeitsreden kann diese Tatsache nicht aus der Welt schaffen. Man will die Regierungsvorlage mindestens verstimmen, wie beispielsweise schon in manche Gesetzesvorlage für den Bergarbeiter-Schutz von diesem Landtag vom Bergarbeiter-Treue verurteilt worden ist. Königsmächtig und Ministererklärungen gelten den Monarchisten und „Staatsklüppern“ nichts, wenn es sich um die Erhaltung ihrer Vorrechte handelt.

Der alte Kampf um das gleiche Recht der Staatsbürger ist nun erneut entbrannt. Wir sind sicher, daß die Bergarbeiter, für die die preussische Wahlrechtsreform eine Lebensfrage ist, die Regierung in ihrem Kampf gegen die Wahlrechtsfeinde unterstützen werden.

Irreführung der Öffentlichkeit.

Das notleidende Volk ist über die ungeheure Verteuerung seiner Lebenshaltung in große Erbitterung geraten, weil es die unbedingte Notwendigkeit der fortgesetzten Preissteigerungen nicht anerkennen kann, vielmehr an den gewaltigen Kriegsgewinnen sieht, wofür es so hohe Preise zahlen muß. Begreiflicherweise beschließen die Preissteigerer und Gewinnmacher, sich als die Unschuldigen hinzustellen.

Zu all den sonstigen Drangsalen ist nun auch noch eine sehr schlechte Regelung der Kohlenversorgung großer Volksmassen getreten, doppelt schlimm, weil bereits ein hartes Frostwetter eingeleckt. Die Kohlenpreise sind, obgleich sie für die mittellose Bevölkerung schon sehr drückend waren, vor einigen Wochen abermals erhöht worden. Der Volksmitleid wächst daher naturgemäß, und um ihm eine „bequemere“ Mäßigung zu geben, sind Organe und Agenten der Werksbesitzer und Kohlenverkäufer am Werke, die Arbeiter als ungenügend arbeitswillig und ihre hohen Löhne als die „hauptsächlichen“ Ursache der hohen Kohlenpreise hinzustellen. Dieses Treiben hat schon mehr Erfolg gehabt, wie unsere vertrauensvollen Kameraden ahnen müssen.

Es ist beinahe schon ganz und gäbe geworden, von den „doppelten und dreifachen hohen Löhnen der Arbeiter“ zu reden und zu schreiben. Das wird in der Öffentlichkeit oft als laute Mahnung hingeworfen, so daß beispielsweise in einer Pittschrift von

Staatsbeamten um Aufbesserung ihrer Gehälter — die auch wir durchaus für notwendig halten — wörtlich zu lesen ist:

„Die Arbeiter erhalten fast überall 1) einen Lohn, der das 2- bis 3-fache der im Frieden gezahlten Gehälter beträgt; 2) sehr junge Arbeiter und Arbeiterinnen verdienen hier (in der Industrie) mit Leichtigkeit monatlich 300 Mark und mehr.“

Unsere Kameraden werden diese Behauptungen erstauert lesen und sich fragen: „Wie ist es möglich, daß so wahrheitswidrige Erzählungen auskommen konnten?“

Sie sind nicht nur aufgefommen, sondern werden leider auch an manchen behördlichen Stellen als wahr hingenommen, wovon sich die Vertreter der Bergarbeiterorganisationen oft genug überzeugen konnten. Die Bergarbeiterlöhne sind nachweislich der behördlichen Statistik seit Kriegsbeginn durchschnittlich noch längst nicht 100 Prozent geblieben, trotzdem wird die Öffentlichkeit irreführend mit der Erzählung von Lohnerhöhungen im Betrage von 200 bis 300 Prozent „fast überall“.

Nach viel schlimmer ist die Irreführung der Öffentlichkeit, wenn sie im „wissenschaftlichen Gerande“ auftritt. Da ist unlängst ein großes, weißes Buch erschienen, betitelt: Die Rheinprovinz 1815-1915. Hundert Jahre vor... Schrift am Rhein.“ (Verlag von W. Marck u. C. in Bonn.) Darin behauptet der Archivar des Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsarchivs in Köln, Dr. M. Schwann, die: „Grundlagen und Organisation des Wirtschaftslebens“. Die seien in dieser Ab-

handlung, nachdem sie die Entstehung der vollen Gewerbetreiberschaft geschildert hat, auf Seite 214 folgendes:

„Was sich da über vorbereitete... haben erhielt man in dem gleichen Jahre 1872 eine erste Abnung mit dem Arbeiterstreik, der mitten in den Aufschwung hineinplatzte und bis zum Jahre 1873 die Kohlenpreise zu schwindelhafter Höhe trübte.“

Gemeint ist der Bergarbeiterstreik im Eisen-Oberharzener Revier, Sommer 1872, den die Bergarbeiter unter Ausnutzung des damaligen „Kulturkampfes“ den „Reinheitsstreik“ nannte. Damit sollte der Ausstand, wie das so üblich ist, zu einer parteipolitischen Sache gesteigert werden.

Auf Seite 244 des genannten Werkes schreibt Dr. Schwann weiter:

„... Wieder fiel die Arbeiterschaft mit dem Streik an der Ruhr vom Jahre 1889 der nationalen Produktion zur Zeit ihrer höchsten Blüte gleichsam in den Rücken. Und wieder mit demselben Erfolg: Die Kohlenpreise stiegen in kurzer Zeit um 100 Prozent und mehr!“

Nach der Aufmachung seiner Abhandlung kommt es dem Herrn Dr. Schwann, Archivar darauf an, die Arbeiter für das enorme Steigen der Kohlenpreise „bis 1873“, und im Anschluß an das Streikjahr 1889 verantwortlich zu machen. Ohne daß der Herr es ausdrücklich sagt, liegt doch in seiner Darstellung die Behauptung, jene Kohlenpreiserhöhungen seien notwendig geworden, um die Arbeiterforderungen zu erfüllen. Mit echter Wissenschaft hat diese Darstellung schon gar nichts zu tun.

Zunächst sei festgehalten, daß der Streik von 1872 recht bald infolge der technisch-kulturkampferischen Seite der Bergarbeiter auf einen Bruch der Arbeiter nicht bewilligt wurde.

Es ist auch absolut unrichtig, daß die Kohlenpreise in der Gründerzeit (1871-73) infolge von Arbeiterstreiks so gewaltig stiegen, resp. daß die Kohlenpreiserhöhungen wegen Lohnerhöhungen erfolgten. So betragen im Magdeburger Bezirk

Table with 2 columns: Preise pro Tonne, Arbeiterlöhne pro Schicht. Rows for 1870-71 and 1873-74.

Der Tonnenpreis ging um 38 bis 50 Prozent, der Arbeiterlohn nur um 32 bis 33 Prozent in die Höhe. Im Saargebiet lagen die Verhältnisse so:

Table with 3 columns: 1870, 1873, Zunahme rund. Rows for Kohlenpreis pro Tonne and Durchschnittslöhne pro Schicht.

Im Ruhrkohlengebiet müssen wir uns an die Berichte der einzelnen Werke halten, soweit sie einschlägige Angaben machen. Da häufig die Kohlenpreise nicht angegeben sind, sehen wir zur Nachhilfe zum Vergleich die Unternehmergewinne her. So betragen bei der A.-G. Ardenberg die

Table with 3 columns: 1870, 1873. Rows for durchschnittlichen Löhne der Arbeiter and gezahlte Dividende.

Bei Dahlbusch betragen die

Table with 3 columns: 1869-70, 1873, 1875. Rows for Preise pro Tonne and Bruttoeinnahme pro Arbeiter.

Der Lohn für 1869-70 ist nicht angegeben. Die Unternehmerdividende hatte sich 1873 auf das Vierfache des Standes von 1869-70 gehoben, woraus ersichtlich ist, wenn die Verdoppelung der Kohlenpreise hauptsächlich zugute kam.

Die Selbstkosten der A.-G. Gelsenkirchen stellten sich 1873 auf 6,74 Mark pro Tonne (selbstredend inkl. Löhne), der Tonnenpreis aber war auf 15,19 Mark hinaufgestiegen, so daß ein Tonnenüberschuß von 8,45 Mark erzielt wurde! Der Durchschnittslohn betrug nur 4,11 Mark pro Schicht!

Ferner betragen sich die Durchschnittslöhne

Table with 3 columns: 1870, 1873. Rows for auf den Betzen, Sälger-Neuzug auf, and Köhler P.-B. auf.

In derselben Zeit wurden die Kohlenpreise um über 100 Prozent gesteigert. Infolgedessen hob sich die Dividende des Köhler P.-B. von 5 auf 25 Prozent! Und dann kommt eine „wissenschaftliche Darstellung“ her und erzählt den Lesern, wegen der Arbeiterstreiks seien die Kohlenpreise so kolossal in die Höhe getrieben!

Genau so „wissenschaftlich“ ist die Erzählung von den Kohlenpreisen während und nach dem Streikjahr 1889 abgefaßt. Im Ruhrgebiet betragen (Bochumer Handelskammerbericht) die:

Table with 2 columns: Tonnenpreise (Wahl-, Fett- und Mehlpreise) and Schichtlohn der Untertagearbeiter. Rows for 1888 and 1890.

Die Kohlenpreise wurden zum Teil um mehr als 100 Prozent erhöht, die Arbeiterlöhne nur um 24 bis 25 Prozent. Den Löwenanteil der Preissteigerungen stellten die Kohlenverkäufer ein, sie nutzten die Zeit für sich weidlich aus, und ließen schon damals die Arbeiter als die „eigentlichen“ Preissteigerer und Ruinierer vor der Öffentlichkeit benutzieren.

Genau so war es damals mit dem Verhältnis von Preis- und Lohnerhöhungen an der Saar, im Aachener Bezirk, auch in Sachsen-Thüringen und Elsaßen. Die Kohlenverkäufer trieben die Preise weit über das für die eingetretene Lohnerhöhung erforderliche Maß hinaus, wofür die stark wachsenden Unternehmergewinne Zeugnis ablegten. Immer fanden die Unternehmer auch Persönlichkeiten und Organe, die eventuell „wissenschaftlich“ die Schuld den Arbeitern an der Kohlensteigerung und dem Kohlenmangel „nachwies“.

Dah ist nun ein jeltzer „wissenschaftlicher Nachweis“ auch in einem großen geschichtlichen Werke, das Anspruch auf strenge Sachlichkeit erhebt, findet, das läßt erkennen, wie weit wir jetzt gekommen sind. Diese Erfahrung vermag das Vertrauen der Arbeiter zu der „parteilosen“, „erhalten Wirtschaftsforschung“ natürlich nur noch erheblich zu vermindern.

Wir möchten unseren Kameraden bei dieser Gelegenheit dringend raten, sich ihren üblichen täglichen Lesestoff recht kritisch an-

aufsehen. Mehr oder weniger verdeckt oder geschickt vertreten heute eine große Anzahl Zeitungen, die sich "unparteiisch" oder gar "arbeiterfreundlich" nennen, nur die Interessen der Kapitalisten. Die Pressekorruption ist erschreckend gewachsen. Durch diese Organe werden die Arbeiter direkt oder indirekt angelockt, an der Kohlennot und der Kohlentwertung nicht zuletzt schuldig zu sein. Damit soll auf die Defektheit gegen die Bestrebungen der Arbeiter eingewirkt werden. Die Defektheit wird so über die tatsächlichen Verhältnisse im Bergbau irreführend. Das stellen wir ausdrücklich fest und warnen ernstlich vor den Folgen dieses Treibens.

Bergarbeiterlöhne im Ruhrgebiet und in Oberschlesien.

Man schreibt uns aus Oberschlesien:

Die Erinnerung an die spontan entstandene Lohnbewegung der ober-schlesischen Bergarbeiter im Juli d. J. läßt immer noch nicht diejenigen zu Ruhe kommen, die in dieser Bewegung nicht den Impuls bei über ihre Lage unzufriedenen Bergarbeiterschaft gesehen haben, sondern darin das Werk "fremder Agenten" und sogar das Ergebnis der "größtmöglichen Intrigue" erblickten.

Die gesetzmäßig organisierten Bergarbeiter Oberschlesiens haben bereits selbst gesagt, was von diesem blühenden Unmut zu halten ist und weisen darauf hin, wo die Ursache der Lohnbewegung war: in unzulänglichen Löhnen und unzureichender Versorgung der Bergarbeiter mit Lebensmitteln.

Zunächst beweist auch der Vergleich der Bergarbeiterlöhne im Ruhrgebiet und in Oberschlesien für eine längere Zeitspanne, um wie viel schlimmer die Lage der ober-schlesischen Bergarbeiter gegenüber der ihrer Kameraden im Rheinland-Westfalen ist. Es folgt daraus zugleich, daß sie desto mehr Ursache haben, unzufrieden zu sein, wobei festzustellen ist, daß diese Unzufriedenheit bis auf weiteres um sich greift.

Betrachten wir die Löhne der einzelnen in den beiden Steinkohlenrevieren beschäftigten Arbeiterkategorien. Der Durchschnittslohn der eigentlichen unterirdisch beschäftigten Bergarbeiter (Hauer und Zeugnauer) hat nach den amtlichen Nachrechnungen je Schicht betragen:

	Ruhrgebiet	Oberschlesien	weniger in Oberschlesien
	RM.	RM.	RM.
im 2. Quartal 1914	6,19	4,87	1,32
im 3. " "	6,08	4,71	1,37
im 4. " "	6,13	4,65	1,48
im 1. " " 1915	6,50	4,97	1,53
im 2. " "	6,65	5,28	1,38
im 3. " "	7,04	5,85	1,28
im 4. " "	7,29	6,00	1,29
im 1. " " 1916	7,62	6,27	1,35
im 2. " "	8,05	6,62	1,43
im 3. " "	8,50	6,85	1,65
im 4. " "	8,88	7,21	1,67
im 1. " " 1917	9,23	7,16	2,07
im 2. " "	10,00	7,70	2,30

Bis zum 2. Quartal 1916 war die Steigerung der Hauerlöhne in den beiden Revieren ziemlich gleichmäßig, so daß sich die Differenz zwischen 1,29 und 1,43 Mark pro Schicht zu Ungunsten des ober-schlesischen Reviers bewegte. Vom 3. Quartal 1916 ab steigt der Hauerlohn im Ruhrgebiet bedeutend stärker als in Oberschlesien. Im 3. Quartal 1916 verdient der ober-schlesische Hauer 1,35 Mark pro Schicht durchschnittlich weniger, als sein Kamerad im Ruhrgebiet, im 4. Quartal 1916 beträgt dieser Unterschied bereits 1,31 Mark, um im 2. Vierteljahr 1917, d. h. kurz vor dem Ausbruch der Streiks auf zahlreichen ober-schlesischen Steinkohlenebenen, sogar auf 2,21 Mark angewachsen. Wir fragen nun: Hat angesehene besten der ober-schlesische Bergarbeiter seine Forderungen nicht erfüllt, um 2,21 Mark weniger Durchschnittslohn bei gleicher, schändlicher Höhe der Lebensmittelpreise zu empfangen?

Wenn Vergleich der Hauerlöhne ist noch zu beachten, daß der Hauer im Ruhrgebiet eine Schichtzeit von 6 1/2 Stunden, der Hauer in Oberschlesien hingegen von 7 1/2 Stunden hat. Der Durchschnittslohn des Hauer im Ruhrgebiet betrug im 2. Quartal d. J. pro Stunde 1,18 Mark, des Hauer in den ober-schlesischen Steinkohlenebenen nur 65 Pct. d. h. 75 Pct. pro Stunde weniger!!

Der Durchschnittslohn der sonstigen unterirdischen Arbeiter, außer der Hauer, pro Schicht stellte sich laut den gleichen amtlichen Nachrechnungen wie folgt:

	Ruhrgebiet	Oberschlesien	weniger in Oberschlesien
	RM.	RM.	RM.
im 2. Quartal 1914	4,52	3,55	0,97
im 3. " "	4,50	3,61	0,90
im 4. " "	4,42	3,46	0,96
im 1. " " 1915	4,18	3,58	0,60
im 2. " "	4,60	3,82	0,78
im 3. " "	4,85	3,95	0,90
im 4. " "	4,96	4,22	0,74
im 1. " " 1916	5,15	4,29	0,86
im 2. " "	5,37	4,60	0,77
im 3. " "	5,60	4,72	0,88
im 4. " "	5,88	4,86	1,02
im 1. " " 1917	6,17	5,03	1,14
im 2. " "	6,68	5,50	1,18

Im 2. Quartal 1914, vor dem Kriegsausbruch, verdiente der sonstige unterirdische Arbeiter, außer dem Hauer, in Oberschlesien durchschnittlich pro Schicht 0,7 Pf. weniger als sein Kamerad im Ruhrgebiet, Bis 2. Quartal 1916 stiegen die Durchschnittsgehälter dieser Arbeiterkategorie in Oberschlesien schneller, als im Ruhrgebiet, so daß der Unterschied zu Ungunsten Oberschlesiens auf 77 Pct. je Schicht sank. Vom 3. Quartal 1916 ab steigt er in Oberschlesien schwächer als im Ruhrgebiet, und im 2. Quartal 1917 erreicht der Unterschied zu Ungunsten des ober-schlesischen Reviers die Höhe von 1,16 Mark.

Der Durchschnittslohn der männlichen Arbeiter über Tage pro Schicht betrug in den einzelnen Vierteljahre:

	Ruhrgebiet	Oberschlesien	weniger in Oberschlesien
	RM.	RM.	RM.
im 2. Quartal 1914	4,87	3,24	1,63
im 3. " "	4,94	3,21	1,73
im 4. " "	4,86	3,18	1,68
im 1. " " 1915	4,42	3,29	1,13
im 2. " "	4,62	3,52	1,10
im 3. " "	4,78	3,65	1,08
im 4. " "	4,85	3,68	0,97
im 1. " " 1916	4,98	4,00	0,98
im 2. " "	5,21	4,18	1,03
im 3. " "	5,38	4,26	1,12
im 4. " "	5,62	4,40	1,22
im 1. " " 1917	5,90	4,59	1,31
im 2. " "	6,37	4,90	1,47

Die Steigerung der Durchschnittsgehälter war bei dieser Arbeiterkategorie bis 3. Quartal 1916 ungefähr die gleiche in den beiden Revieren. Im 3. Quartal 1916 betrug der Unterschied zu Ungunsten Oberschlesiens 1,12 Mark, d. h. ebensolcher als im 2. Vierteljahr 1914 vor dem Kriegsausbruch. Dem folgt jedoch der Unterschied zu Ungunsten Oberschlesiens bis auf 1,47 Mark im 2. Quartal 1917.

Der Durchschnittslohn der jugendlichen Arbeiter (unter 16 Jahren) pro Schicht war in den einzelnen Vierteljahre wie folgt:

	Ruhrgebiet	Oberschlesien	weniger in Oberschlesien
	RM.	RM.	RM.
im 2. Quartal 1914	1,44	1,24	0,20
im 3. " "	1,46	1,25	0,21
im 4. " "	1,51	1,27	0,24
im 1. " " 1915	1,59	1,35	0,26
im 2. " "	1,65	1,41	0,24
im 3. " "	1,80	1,50	0,30
im 4. " "	1,92	1,62	0,30
im 1. " " 1916	2,03	1,68	0,35
im 2. " "	2,06	1,76	0,30
im 3. " "	2,19	1,84	0,35
im 4. " "	2,34	1,92	0,42
im 1. " " 1917	2,55	1,99	0,56
im 2. " "	2,77	2,15	0,61

Vor dem Kriege war der Unterschied in den Löhnen der jugendlichen Arbeiter in den beiden Revieren ein unbedeutender. In Oberschlesien verdienten die jungen Burgen durchschnittlich pro Schicht um 20 Pct. weniger. Im Verlaufe der Kriegszeit steig dieser Unterschied auf 61 Pct. im 2. Quartal 1917.

Es bleiben noch die im Stein- und Braunkohlenebenen beschäftigten Arbeiterinnen. In Oberschlesien waren sie auch vor dem Kriege zahlreich beschäftigt und — schätzungsweise — im 2. Quartal 1914 verdienten eine Arbeiterin auf den ober-schlesischen Steinkohlenebenen durchschnittlich 1,86 Mark pro Schicht. Im Ruhrgebiet dagegen war die Frauenarbeit im Bergbau vor dem Kriege völlig unbekannt. Der Krieg zwang auch hier große Scharen von Arbeiterinnen in die schwere Grubenarbeit. Vom 1. Quartal 1916 ab erschienen ihre Löhne auch für das Ruhrgebiet in der amtlichen Lohnstatistik. Danach betrug der Durchschnittslohn der Arbeiterinnen in den beiden Revieren:

Bücher und Schriften.

Die Arbeitsleistung der Bergleute.

Von Hegler, Dr. G. G., Berlin-Mariendorf.

Die Frage der Arbeitsleistung der Bergarbeiter wird in einer vor kurzem erschienenen Schrift von Hegler, Dr. G., Berlin-Mariendorf, unter dem Titel "Die Arbeitsleistung der Bergleute" behandelt. Der Verfasser ist ein langjähriger Bergarbeiter, der die Arbeit in den verschiedenen Revieren aus eigener Anschauung kennt. Er hat eine große Anzahl von Bergleuten befragt und hat die Ergebnisse seiner Untersuchungen in dieser Schrift niedergelegt. Die Arbeit ist in drei Teile unterteilt: 1. Die Arbeitsleistung der Hauer, 2. Die Arbeitsleistung der Zeugnauer, 3. Die Arbeitsleistung der sonstigen Arbeiter. In jedem Teil werden die verschiedenen Faktoren, die die Arbeitsleistung beeinflussen, untersucht und die Ergebnisse verglichen. Die Schrift ist eine wertvolle Arbeit, die den Bergarbeitern und denjenigen, die sich für die Bergbaufrage interessieren, eine gute Grundlage für die Diskussion der Arbeitsleistung der Bergleute liefert.

der wirtschaftlichen Hilfsmittel, der Arbeitsmöglichkeit und des Leistungsaufwandes der Arbeiter kommt es zu dem Ergebnis, daß mit abnehmender Größe der zu Grunde gelegten Gruben die Durchschnittsarbeitsleistung pro Arbeiter sinkt. Im allgemeinen läßt sich eine ständige Zunahme der Arbeitsleistung beobachten. Mit ihrer Hilfe sollte es das Ziel der Betriebsverbesserung auf den Förderanteil innerhalb der drei wichtigsten geologischen Horizonten auf und diese dadurch sowohl einen ganz erheblichen Anstieg für die Wirtschaftlichkeit der Betriebsgröße als auch der wichtigsten geologischen Bestimmungsgründe.

Generell wurde der Arbeitsleistungsaufwand durch den Zugang fremder Arbeiter aus Polen, Galizien und Italien gesenkt. Die Zuweisung besserer Bedingungen an diese fremden Arbeiter, um ihnen einen gewissen Mindestlohn zu sichern, veranlaßte die heimischen Arbeiter, mit ihrer Arbeitsleistung zurückzufallen, weil sie von ihnen als unzureichende Hinneigung empfunden wird, was R. wirtschaftliche und psychologische Gründe nennt.

Unter Zusammenfassung der ermittelten Einzelergebnisse läßt sich über die seit 1888 fallende Tendenz der Förderanteile in den Ruhrrevieren folgendes sagen: Es haben seit 1888 eine Anzahl steigender und sinkender Kräfte auf den Förderanteil eingewirkt; erstere handhaben in wesentlichen in einer erhöhten Güte der Lagerung, die auch dann noch bestehen bleibt, wenn man die ungünstigen Wirkungen der im Norden angeordneten Lagerung von den günstigen in Abzug bringt, in einer weiteren Steigerung der mechanischen Wirtschaftlichkeit, in verbesserten Arbeitsmethoden und in einer bedeutenden Vergrößerung der Förderanteile.

Die durch diese Kräfte hervorgerufene Steigerung wurde aufgehoben und in das Gegenteil verkehrt durch noch intensiveren Eingriffen jenseitiger Art. Als solche kommen in erster Linie in Frage ein um circa 10 Prozent vermindert Anteil der Klasse Lader bei der Kohlenförderung unmittelbar beschäftigten Arbeiter) an der Gesamtbeschäftigung, eine Verringerung der Arbeitsmöglichkeit und ein aus verschiedenen Ursachen sich ergebendes Sinken des vom Arbeiter hergegebenen Leistungsaufwandes.

	Ruhrgebiet	Oberschlesien	weniger in Oberschlesien
	RM.	RM.	RM.
im 1. Quartal 1916	2,90	1,70	1,20
im 2. " "	3,18	1,82	1,36
im 3. " "	3,34	1,90	1,44
im 4. " "	3,54	1,96	1,58
im 2. " " 1917	4,01	2,33	1,71

Im 1. Quartal 1916 hatten die Frauen in Oberschlesien durchschnittlich 1,20 Mark pro Schicht weniger verdient als ihre Arbeitsgenossinnen im Ruhrgebiet. Im 2. Vierteljahr 1917 belief sich dieser Unterschied zu Ungunsten der ober-schlesischen Arbeiterinnen schon auf 1,71 Mark. Gaben denn die ober-schlesischen Arbeiterinnen im Bergbau weniger schwer zu arbeiten, und sind sie etwa weniger leistungsfähig als die Arbeiterinnen im Ruhrgebiet? Niemand wird das behaupten wollen. Auch die im ober-schlesischen Bergbau beschäftigten Arbeiterinnen haben allen Grund zur Unzufriedenheit. Die organisierten Bergarbeiter sind seit jeher der Ansicht, daß die Bergarbeiter für die Frauen ungeeignet ist. Sie verlangen deshalb deren Verbot. Bis dies jedoch geschieht, können auch die Arbeiterinnen ihre Lage nur durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluß verbessern.

Die im ober-schlesischen Steinkohlenrevieren tätigen Frauen dürfen deshalb dem Bergarbeiterverband auch nicht fernbleiben. In jedem gleich den Männern in dessen Reihen eintreten. Die Gewerkschaften erheben die Forderung: Für gleiche Arbeitsleistung gleicher Lohn, ob Mann oder Frau!

Die genaue Bekanntschaft der Bergarbeiterlöhne in Oberschlesien führt zur Feststellung, daß sie angesichts der heutigen unerbötlichen Wertung aller Lebensbedarfsartikel unzulänglich sind. Schlecht ist die Lage der Bergarbeiter in der Kriegszeit im Ruhrgebiet geworden, ohne Vergleich schlechter ist sie in Oberschlesien.

Wollen die ober-schlesischen Bergarbeiter nicht in noch größere Not, die unerkennliche Begleitern des Krieges für die arbeitenden Massen, verfallen, müssen sie weitere Aufbesserung ihrer Löhne verlangen; sie müssen nach Ausleich ihrer Löhne mit den Löhnen im Westen des Reiches streben. Bei den gegenwärtigen schrecklichen Ernährungsverhältnissen und sehr ansehnlicher Grubenarbeit ist außerdem noch eine längere Arbeitszeit unbedingt erforderlich. Wenn die ober-schlesischen Bergarbeiter nicht zusammenbrechen sollen, muß dem Standbau an ihrer Arbeitskraft ein Damm entgegengestellt werden. Kürzere Arbeitszeit kann in gewissem Maße die nachteiligen Folgen der tatsächlichen Ernährungs mangel abmildern.

Nach dieser Richtung müssen die Forderungen der Bergarbeiter in Oberschlesien gehen. Auf den einzelnen Gruben sind je gemäß dem Hilfsdienstes von den Arbeiterauschüssen im Namen der Gewerkschaften den Grubenverwaltungen vorzulegen. Im Falle ihrer Ablehnung ist der Weg an die Schlichtungskommission bei den Bezirkskommandos offen.

Wollen jedoch die Bergarbeiter das Vorgehen der Arbeiterauschüsse wirksam unterstützen, müssen sie vor allem massenweise ihrer gewerkschaftlichen Organisation anschließen.

Bergarbeiter Oberschlesiens! Ginein! daruin in die Organisation, hinein in den Verband der Bergarbeiter Deutschlands! Agitiert unermüdet, werbt neue Mitglieder für die Organisation!

Lohn-, Arbeits- und Lebensverhältnisse der Bergarbeiter im Ruhrgebiet.

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben:

Wer die Augen nicht absichtlich vor fremder Not verschließt, wie das leider oft genug geschieht, . . . der muß anerkennen, daß ein großer Teil der Lohnarbeiter in unzureichenden materiellen Verhältnissen, ein nicht unerheblicher Teil in Not und Elend lebt, im besten Sinne des Wortes in der Not. Ein Teil der Arbeiter des Ruhrgebietes ist in der Lage, die notwendige Menge der Lebensmittel zu beschaffen, während ein großer Teil in der Lage ist, die notwendigen Lebensmittel zu beschaffen, während ein großer Teil in der Lage ist, die notwendigen Lebensmittel zu beschaffen.

Wir stehen vor einem tiefen Nihilismus. Die im Frühjahr und Sommer abgelehnten Hoffnungen, daß uns dieses eripen Elend werde, haben leider enttäuscht. Grau, bleich und alt geworden, sind die kommenden Tage. Eine verregnete Stimmung überkommt uns beim Nachdenken über alles dasjenige, was wir im letzten Augenblicke bis weit in den Sommer hinein erleben haben. Da ist es notwendig, daß ein besseres soziales Verhältnis für die bedrängte Lage der Arbeiter geschaffen wird.

Zur Steigerung des Leistungsaufwandes der Arbeiter schlägt der Verfasser vor, der Unternehmer solle die Lebensbedingung der Arbeiter beeinflussen durch die Gewährung eines angemessenen Mindestlohnes, die durch einen planmäßigen Ausbau der Beschäftigungsmöglichkeiten der Arbeiter erreicht wird. Die diesem Plane von den Arbeitern, die sich keine Hoffnungen aufbringen und ihre Freigebigkeit nicht bestreiten lassen wollen, entgegengehaltene Schwierigkeiten werden vollkommen mit seinem Werte.

Die Arbeitsleistung der Bergarbeiter ist aus dem sie beeinflussenden Lebensverhältnissen nicht genügend isoliert, daß daraus der zu erzielende Erfolg gezogen werden könnte, das sonst allgemeine gültige Gesetz, wonach höher Lohn und kurze Arbeitszeit die höchste Arbeitsleistung ergeben, erleihe im Bergbau oder im Bergbau oder im Bergbau der Bergbau eine Ausnahme.

Auch wir müssen aus eigener Sachkenntnis heraus sagen: Bothmann hat seine Aufgabe viel zu sehr vom Unternehmensestandpunkt aus behandelt, um ihr gerecht werden zu können. Das Gesetz, wonach hoher Lohn und kurze Arbeitszeit die höchste Arbeitsleistung ergeben, hat er, streng genommen, gar nicht beachtet, geschweige denn erfüllt. Auf die Lohn- und Bedingungsfrage, die er nicht eingehend untersucht hat, ist er nicht eingegangen. Auf den Beschäftigungswandel weiß er hin, ohne auf seine Ursachen einzugehen. Auch im übrigen würdigt er die Leistungsfähigkeit und Leistungsmöglichkeit beeinflussenden Faktoren nicht genügend. Man hat das Gefühl, daß es ihm viel mehr darauf ankommt, seiner vorgefaßten Meinung als der Wahrheit zu dienen. Somit würde er sich nicht zu berechnenden Behauptungen verhalten, wie z. B. der Arbeiter verhalte den Betriebsbeamteten gegenüber den Einfluss der Sachfaktoren in einem ungünstigeren Maße erweisen zu lassen, um mit möglichst geringem Leistungsaufwand auf den Lohn seiner Klasse zu kommen; oder der Arbeiter würde sich bei einem großen Angebot von Arbeitskräften mehr anstrengen, als bei höherer Nachfrage. Bothmanns Buch entbehrt zu viel der Sachkenntnis, und ist ein Schulbeispiel dafür, wie man eine Frage nicht behandeln soll. (D. R. der "Zergarb.-Ztg.")

In "Freien Stunden", die von der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, herausgegebene Monatsheft über für das arbeitende Volk, hat man bereits ihr drittes Lebensjahrgeburt angefeuert: der 1. Band des 21. Jahrganges liegt vor. Er bietet in einem einflussreichen äußeren Gewande einen vielseitigen und wertvollen Inhalt sowohl in textlicher als in illustrierter Hinsicht. In erster Stelle steht der vorzügliche Dienstbotenroman "Das tägliche Brot" von Clara Ziegler, den Professor von der Universität zu Bonn mit künstlerisch vollendeten Illustrationen versehen hat. Eine lange Reihe anderer Erzählungen, u. a. von Tina Krüger, Reiner, Meier, Bret Harre, schließt sich an und zahlreiche Lustspiele und Satiren aus den verschiedensten Wissens- und Lebensgebieten folgen ferner für Unterhaltung und Belehrung. Gegenüber den früheren Bänden zeichnet sich dieser Jahrgang durch seinen überaus reichen Bilderschmuck aus; er bietet auf 620 Seiten mehr als 200 Bilder, welche die Anschaulichkeit und Veranschaulichung des Textes auf höchstem Maße fördern. Auch die Arbeit "Eberg und Sotire" von Clara Ziegler, die die prächtige Geister fesselnd sind in den "Märchen" Stoff zum Nachdenken. Wir können unseren Lesern die Anschaffung auch dieses neuen Bandes bestens empfehlen; er kostet 5 Mark, in Galerien 4 Mark und ist durch jede Buchhandlung zu beziehen, wo auch Abonnements auf "Freien Stunden" — monatlich 15 Pct. — entgegenzunehmen werden.

Table with 5 columns: Region, 1914, 1915, 1916, 1917, Steigerung absolut in %, Steigerung in %.

Die absolute und prozentuale Steigerung des Lohnes bis zum zweiten Quartal 1917...

- 1. Die Löhne sollen so aufgebessert werden, daß Bauer und Lehrling nicht unter 10,50 Mark pro Schicht verdienen.

Es handelt sich bei den angeführten Forderungen um Mindestsätze. Weil nun am Ende der Arbeiter diese Höhe schon erreicht hat...

- 1. Schleuniger Abbau der Lebensmittelpreise.

Gerade dieses letztere müssen und werden wir mit größtem Nachdruck verlangen...

Table with 5 columns: Aktivität, Betriebs-gewinn, Wägever-bundung, Meingewinn, in Prozent.

Auch die Grube Nordstern, die dem Kommerzienrat Sonntagmann gehört...

In dieser Stelle muß es auch ausgesprochen werden, daß an alledem hauptsächlich die unorganisierten Arbeiter schuld sind...

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Der Arbeitgeberbund für das Berggewerbe hatte vor einiger Zeit es rundweg abgelehnt...

In verschiedenen Orten kam es zu spontanen Arbeitsbeeinstellungen mit dem ausgesprochenen Zweck...

Bei den Verhandlungen am 14. November im Reichsamt des Innern erklärte der Arbeitgeberbund...

Knappschäftliches.

Generalversammlung des Haller Knappschäftsvereins.

Die Generalversammlung am 23. November 1917 stimmte Entschlüsse zu, die einestheils dem Arbeitsvertrag entsprechen...

Die neue Vereinbarung soll in Kraft treten, wenn der Arbeitgeberbund bis 10. Dezember sein Einverständnis damit erklärt...

So wurde auch auf der Generalversammlung des Haller Knappschäftsvereins der § 10 dahin geändert...

Der Wunsch des Knappschäftskriegesgesetzes, wonach die in Kriegszustand und ähnlichen Dingen verbrachte Zeit...

Diese Entscheidung hätte sich diese Herren denken können, denn sie erredt einen schlechten Eindruck...

Im § 34 wurde die Bestimmung getroffen, daß auch beim Tode einer Witwe 30 Mark Begräbnisbeihilfe gezahlt werden.

Im § 46 wurde Absatz 3 und 4 gestrichelt, und sind damit die rigorosen Bestimmungen...

Aus dem Brandenburger Knappschäftsverein.

Durch Zusammenlegung des Knappschäftsvereins der Brandenburger Halberger mit dem Brandenburger Knappschäftsverein...

wählten, ist dies nicht verwunderlich. Während der Kriegszeit ist wohl durch Beschluß der Generalversammlung...

Als Dienstzeiten werden auch die Zeiten in Anrechnung gebracht, während deren die Mitglieder zu einer militärischen Dienstleistung...

Auch Aufhebung des Knappschäftskriegesgesetzes bei Friedensschluß können gemäß diesem Paragraphen die Militärenten...

Der Knappschäftskriegesgesetz hat auch den Beschluß zugestimmt, das Reichsministerium zu ersuchen, den § 8 des Knappschäftskriegesgesetzes...

Wenn diese Streikung einen Sinn haben soll, so scheint es eine Vorbedingung für den Friedensschluß zu sein...

Die Generalversammlung am 23. November 1917 stimmte Entschlüsse zu, die einestheils dem Arbeitsvertrag entsprechen...

Mißstände auf den Gruben.

Überbergamtsbezirk Dortmund.

Jede Grube (Bergwerk) hat einen Manns- und einen Weibens-Bezirk, der soviel Manns- und Weibens-Bezirke hat...

Jede Grube (Bergwerk) hat einen Manns- und einen Weibens-Bezirk, der soviel Manns- und Weibens-Bezirke hat...

Jede Grube (Bergwerk) hat einen Manns- und einen Weibens-Bezirk, der soviel Manns- und Weibens-Bezirke hat...

Jede Grube (Bergwerk) hat einen Manns- und einen Weibens-Bezirk, der soviel Manns- und Weibens-Bezirke hat...

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Grube Marga. In der gegenwärtigen Zeit, wo alles darauf ankommt, die Kohlenproduktion zu steigern...

Verbandsmitglieder! Der Jahresabschluss steht vor der Thür!

Jedes Mitglied muß dafür sorgen, daß die Beiträge für dieses Jahr bis zum 31. Dezember 1917 bezahlt sind. Das ist auch schon deshalb notwendig, weil in allen Bezirken dahin gestrebt wird, den Verband finanziell zu stärken. Es werden auch für das neue Geschäftsjahr neue Beitragsmarken ausgegeben. Deshalb nochmals: **Zahlt die Beiträge, damit die Zahlstellenaffierer bis zum 15. Januar abrechnen können.**

größere Kohlenförderung an. Wie man mit den Arbeitern unspricht, zeigt nachstehender Fall. Die Arbeiter sind Selbstversorger. Die Arbeiter, auch außer den Werkskolonien wohnende, bekommen ihre Lebensmittel vom Werks. Auf Grube Marga hat man nun Lebensmittel verteilt. Die auswärtigen Wohnenden hatten aber keine erhalten. Der Arbeiter J., der auch nicht in der Werkskolonie wohnt, wollte ebenfalls die Lebensmittel haben, die die anderen bekommen hatten. Er klagte sich beim Betriebsleiter Schöff und — erhielt die Kündigung. Da er nicht glauben wollte, daß man nach dreieinhalb Jahren Krieg Arbeiter entläßt, weil sie das verlangen, was andere bekommen haben, wandte er sich an die Direktion und erhielt die folgende Antwort:

Grube Nise, N.-L., den 17. November 1917.
Herrn Dreijer J. ... J. ...

Auf Ihre Beschwerde gegen Herrn Betriebsleiter Schöff bin haben wir festgestellt, daß Ihre Kündigung durch den Genannten erfolgt ist, weil Sie dauernd mit der Lebensmittelverteilung auf Grube Marga unzufrieden sind, und diese Unzufriedenheit auch anderweitig zu erweisen suchen.
Bei der Knappheit aller Lebensmittel haben wir keine Möglichkeit, die gegenwärtigen Lebensmittelverteilungen weiter zu erhöhen, wie auch weiterhin einmal besondere Härten nicht zu umgehen sein werden, die wir am Vermeiden bedauern. Wir sind auch überzeugt, daß wir in den Lebensmittelverteilungen an unsere Angehörigen an der Spitze aller Werke sind, und können wir uns daher nicht veranlaßt sehen, die durch Herrn Schöff ausgesprochene Kündigung rückgängig zu machen.

Sachkundige!!!

Grube Marga.
Bergbau-Aktiengesellschaft
ggs. Schumann. W.

Weil er Lebensmittel haben wollte, um arbeiten zu können; weil er das haben will, was andere bekommen, wird der Mann entlassen, trotz Kohlenmangel! Man bringe uns doch einen Menschen, der mit der heutigen Lebensmittelversorgung zufrieden sein kann! Es könnte dies höchstens ein Mann sein, der die Einkünfte eines Grubenarbeiters hat, und die Verdienste besitzt, aus denen er über seine Familie hinaus versorgt wird. Es wird nicht einmal Zeit, daß jemand des Kriegsgeldes nicht bloß Verordnungen für die Arbeiter erläßt werden, sondern auch einmal selbst, die die Arbeiter vor der Willkür des Unternehmers schützen. Nicht auf den Unternehmer, sondern auf die Arbeiter kommt es in der ersten Zeit an. Diese müssen arbeitsfähig bleiben und geschützt werden. — Einen eigenartigen Begriff von den Aufgaben eines Beamten hat der Obermann S. zu haben, der auf dieser Grube funktioniert. Der Arbeiter A. ist als Maschinenführer auf dem Werke beschäftigt. Am 27. November hatte derselbe Reparaturarbeiten, gemeinschaftlich mit anderen Arbeitern, gemacht. Diese waren sofort fertig, und war es inzwischen bereits 5 1/2 Uhr geworden. Er ging an das Tor der Maschinenhalle, um auf seinen Abfahrer A. zu warten, mit dem er sprechen wollte. Als er stand, kam der Obermann S. und fragte: „Was machen Sie hier?“ A. antwortete, daß er auf seinen Abfahrer warte. Es entwickelte sich ein Wortwechsel zwischen den beiden. Der Obermann behauptete, er hätte an einer anderen Stelle auf seinen Abfahrer zu warten. Während A. sich auf den Standpunkt stellte, daß er hier warte. Im Verlaufe des Wortwechsels schlug der Obermann A. mit der gefüllten Reithose mehrmals ins Gesicht, daß ein Auge anschwellen und A. aus Mund und Nase blutete. Auf die Hilfe des A. ließ der Obermann von ihm ab und entfernte sich. A. hat Angewandte, zumal Zeugen vorhanden sind. Die den Vorgang beobachtet haben. Hoffentlich wird diesem Beamten Har gemacht, daß er an offener Straße die Arbeiter des Werkes in Ruhe läßt und sich nicht in die Arbeitsverhältnisse einzumischen hat.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Wolfganggrube (Ober-Schlesien). Infolge Material- und Preßluftmangel hat hier eine Kameradschaft nur 6,02 Mark verdient. Auf Beschwerde fragte der Berggewerkschaftsrat den Arbeiter, sie sollten besser dransetzen, kann würden sie auch mehr verdienen. Als es durch den Material- und Preßluftmangel bedingt würde! Als die Arbeiter das geltend machten und erklärten, daß sie unter den üblichen Verhältnissen nicht mehr leben können, sagte der Berggewerkschaftsrat, sie sollten doch kündigen, wenn sie anderswo mehr verdienen könnten. Es sind Arbeiter da, die nur 5 Mark verdienen; denen wurde ebenso auf ihre Beschwerde geantwortet. Der Berggewerkschaftsrat sagt allgemein, er hätte keinen Arbeiter jetzt, wenn es nicht heißt, der soll gehen, wo er mehr verdient. Wenn aber ein Arbeiter kündigt und den Arbeitsschein haben will, wird dieser verweigert. Dann gibt es Kaufreisen zum Schlichtungsamt, den Arbeitern entziehen Zeit- und sonstige Verluste. Die Arbeiter wollen es in ihrer Mehrheit auch nicht besser haben, sonst hätten sie sich längst unserem Verbande angeschlossen. Wie man sich bettet, so schläft man, und wer nicht hören will, muß fühlen.

Südböhmen.

Grube Jägerth (Gewerkschaft Jessau-Niederböhmen). Mit der Verwallung dieser Grube wurde im letzten Frühjahr vereinbart, daß die Auszahlung am 5. und 20. eines jeden Monats erfolgen soll. Diese Vereinbarung wurde nicht berücksichtigt. Bislang erfolgte die Auszahlung aber immer noch mit 2 bis 3 Tagen Verzögerung; die Arbeiter, die heute sich damit abgefunden, weil Pünktlichkeit nur die harte Seite der Gewerkschaft war. Dann aber wurde es zu spät. Statt am 5. wurde erst am 10. November ausbezahlt, und da erhielten die meisten Arbeiter nicht einmal ihren ganzen Lohn ausgezahlt, weil nicht Geld genug da war. Aus den 5 Tagen Verzögerung wurden dann aber gleich mehr als 10, denn am 30. November war die Auszahlung noch nicht erfolgt. Das sind doch unbilligste Zustände. Die Arbeiter verdienen ohnehin schon recht wenig, und dann müssen sie noch 2, 3, 5 und zuletzt mehr als 10 Tage vergeblich auf ihren Lohn warten! Da wird es höchste Zeit, daß die verantwortlichen Stellen einmal nach dem Rechte sehen. Das ist uns so notwendig, weil ein erheblicher Teil der Arbeiter von der Gewerkschaft zur Arbeit auf dieser Grube entlassen wurde. Sie werden am empfindlichsten getroffen. Der Lohnmann des Arbeiterausschusses ist als Arbeiter tätig. Wenn er für die Arbeiter eintreten will, wie es seine Pflicht ist, wird ihm mit Entlassung gedroht. Das sind merkwürdige Zustände. Hoffentlich tritt jetzt die notwendige Hilfe ein.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.
Zeche Adol v. Hanjemann vor dem Schlichtungsamt.
Begen anderweitiger Lohnregelung auf A. v. Hanjemann wurde am 20. November vor dem Schlichtungsamt in Dortmund verhandelt. Der vor der Berggewerkschaft gestellte Durchschnittpunkt von 15 Mark wurde von dem Ausschuss auch in der Sitzung bestritten und an Hand der fortgesetzten Preissteigerungen der Lebensmittel, Kleidung und aller Bedarfsartikel begründet. Herr Oberinspektor Dejer, welcher als Vertreter der Zeche erschien, war bereit, die gestellte Forderung von 15 Mark als unbillig zu bezeichnen; er gab dabei zu, daß die angeführten Preissteigerungen richtig seien, aber — die Zeche hätte daran keine Schuld! Nur soviel, daß der Bergarbeiter-Verein im letzten Frühjahr sogar telegraphisch höhere Preise für Lebensmittel von Bergbauverwaltung forderte. D. H. Hanjemann erklärte heute schon mit Jubel und Würde, wenn der geforderte Lohn gezahlt

worden solle, Konkurs machen; zudem seien die Ausichten für den Antransport der Förderung für diesen Winter keine guten. Lebensmittel wisse man nicht zu bekommen, und dann seien die Preise derauf, daß man nicht angucken wolle. Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurde auf das vielfache Verlangen der Angehörigen hingewiesen, welches nach den Ausführungen des Ausschusses derart schlimm sei, daß im Januar 18 fast keine Kameradschaft auf das bestehende Obdinge zu Lohn kommen könne. D. v. in letzter Zeit darüber angestellten Ermittlungen hätten ergeben, daß von 128 der Ermittlung zugrunde liegenden Betriebspunkten 92 im Scheingebirge arbeiteten. Daß dies in Einzelfällen wohl zutreffen möge, wurde von Herrn Dejer angegeben, aber nicht in dem Maße, wie es vom Arbeiterausschuss behauptet wurde. Die Beamten seien alle angewiesen, das Bedingerecht zu haben, daß es möglich sei, zu Lohn zu kommen. Aber — bemerkte Herr Dejer: „Wenn man so gütig ist und schreibt den Leuten einen Lohn von 11 Mark, so wird das nicht anerkannt.“ Die Zeit der Überzeugung, würde das Gebinde derauf gestellt werden, daß die Leute zu Lohn kommen könnten, so würde das bedeutend mehr anerkannt werden, als das bisher geübte Verfahren. Vermögelt wurden des weiteren die niedrigen Schichtlöhne, besonders über Tage. Der Besonderen bemerkte, deren Erhöhung sei am 1. September und 1. November erfolgt und könne für Dezember keine Erhöhung zugestanden werden. Die Schichtlöhne betragen unter Tage 8,50 Mark, über Tage 7,50 bis 8,30 Mark. Da der Arbeiterausschuss auf seiner Forderung bestehen blieb, wurde vom Schlichtungsamt folgendes Protokoll vorgelegt:

Der Besondere erklärte: Der Stundenlohn hat betragen, im August 10,83 Mark, im September 11,11 Mark, im Oktober 11,40 Mark, im November wird er sich zwischen 11,50 bis 12 Mark bewegen, für Dezember können bestimmte Zusätze nicht gemacht werden, doch wird ein Durchschnittslohn von 12 Mark sicher erreicht werden, vorausgesetzt, daß sich die Arbeitsleistung und die Betriebsverhältnisse nicht wesentlich verschlechtern. Die Schichtlöhne sind im September bis zu 30 Pf. gesunken, im Oktober haben einige Arbeiter einen Lohn von 10 Pf. erhalten, a. V. die Arbeiter am 1. November wird der Schichtlohn von 20 bis 30 Pf. steigen. Der Dezember können Zusätze nicht gemacht werden.

Der Arbeiterausschuss erklärte: Inmitten der im Besonderen auf das höchste Steigen der Lebensmittelpreise und der Bekleidungspreise bemerkt, bei seiner Herabsetzung.
Der Schlichtungsamt erklärte: Eine Einigung nicht zu erzielen gewesen sei, spricht für die Erwartung aus, daß eine Lohn-erhöhung in dem nächsten Winter wird, daß im Monat Dezember ein Durchschnittslohn von 12,50 Mark erreicht wird, und daß die Schichtlöhne eine dementsprechende Erhöhung erfahren werden.

Belegschaftsversammlung der Zeche Centrum, Schacht 4-6.

In der am 2. Dezember stattgefundenen Belegschaftsversammlung erklärte der Arbeiterausschuss zunächst über die Verhandlungen mit der Verwaltung. Nach recht lebhafter Aussprache der Belegschaftsmitglieder fand folgende einstimmige Annahme:

Die Belegschaftsversammlung der Zeche Centrum, Schacht 4-6, spricht nach Anhörung des Berichtes des Arbeiterausschusses demselben ihre volle Anerkennung für seine Tätigkeit aus. Versammlung beauftragt den Ausschuss bei der Verwaltung einen Mindestlohn von 12 Mark für Dauer- und Lehrling, ebenso eine entsprechende Erhöhung der Schichtlöhne zu beantragen. Seine leitenden der Verwaltung die Gewährung eines Mindestlohnes abgelehnt werden, so ist ein Durchschnittslohn von 13 Mark zu verlangen. Diese Forderung ist veranlaßt durch die unzureichenden Gehälter für Lebensmittel und sonstige Lebensbedürfnisse. Bei einer Abweisung dieser Forderung ist der Schlichtungsamt anzufragen. Ferner wünscht die Versammlung, daß seitens der Verwaltung mehr wie früher für Abgabe von Lebensmitteln gesorgt wird, ebenso nach dem Verfall anderer Sachen die Verfallenen der Belegschaften zu veranlassen. Zudem spricht die Versammlung ihr Bedauern über das herausfordernde Verhalten des Direktors Walberg den Arbeitern gegenüber aus und wünscht dringend, daß im Interesse des guten Einvernehmens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer diese Beziehungen sich ändern.

Belegschaftsversammlung der Hainbühlenschichte.

Am 23. November fand eine Belegschaftsversammlung dieser Schichte statt, worin der Arbeiterausschuss einstimmig aufzufordern wurde, der Königlichen Berginspektion folgende Forderungen zu unterbreiten:

1. Der Durchschnittslohn der Dauer- und Lehrling soll auf 13 Mark zu erhöhen.
2. Der Durchschnittslohn der Schichtlöhner soll mindestens 10,50 Mark für Schicht betragen.
3. Der Lohn der Lehrling- und sonstigen Uebertragearbeiter soll um 20 Prozent zu erhöhen.
4. Die Kündigungsfrist soll verdoppelt werden.

Weiter gelangte folgende Entschließung zur einstimmigen Annahme:
Die Belegschaftsversammlung bedauert, daß noch immer verhältnismäßig viele Löhne verbittet werden, die weit unter dem Durchschnitt stehen, wie es sich besonders im letzten Monat herausgestellt hat. Ferner bedauert die Belegschaftsversammlung, daß den Kolonienbewohnern, deren Einnahme anderswo lobnwertiger Beschäftigung aufgenommen haben, die Wohnungsgelände nicht wird. Auch in der Lebensmittelpreise müßte mehr geschehen. Sie beauftragt den Arbeiterausschuss die Wünsche und Beschwerden, die vorgebracht wurden, zur Kenntnis der Verwaltung zu bringen und falls kein entsprechendes Entgegenkommen gezeigt wird, den Schlichtungsamt anzufragen.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

58 Menschenleben vernichtet!

Der Grubenbrand auf Zeche Anna bei Alsdorf, worüber wir schon in Nr. 49 der „Bergarbeiter-Zeitung“ berichteten, hat 58 Menschenleben vernichtet. Das Unglück entstand am 20. November durch die Explosion einer Benzolbombe. Wie es aber einen solchen Umfang annehmen konnte, ist uns unerklärlich, wenn alles in Ordnung war. Der Umfang des Unglücks läßt sich eben, daß es mit der Ordnung sehr haptete. Offenlich bringt die Untersuchung die notwendigen Klarheit.

Braunschweig, Brandenburg und Thüringen.

Landrat, Amtsverwalter, Pastor, Käse im Pelz usw.
Unter Verband wollte für die Belegschaft des Braunkohlewerkes Hermannshaus im Kreise des Osnabrücker Bergbauamtes am 2. Dezember eine Versammlung abhalten. Wenige Tage nach der erfolgten Anmeldung ging folgendes Schreiben des Landrats ein:
Bückeburg, den 23. November 1917.

Herrn A. ...
Vollgebornen
Berminhoff.
Alle Ihnen Bedenken mit, daß ich in dieser anderen Veranlassung die Belegschaften zur Abhaltung einer Versammlung am 2. Dezember d. J. nicht ablehnen kann.
Landrat
August Rich, Gehilfe.

Da dieses Schreiben einen stichhaltigen Grund für die plötzliche Zurückziehung des Lokals nicht enthält, wurde noch einmal mit dem Landrat Rücksprache genommen. Bei dieser teilte der Landrat mit, daß ihm von verschiedenen Herren abgeraten worden sei. Auch vom Herrn Landrat, dem Gemeinde- und Amtverwalter, sowie dem Pastor sei ihm abgeraten worden. „Er solle sich keine Mühe in den Pelz setzen und die Versammlung nicht abhalten lassen, denn dadurch könne ihm das Selbstverwahrrecht entzogen werden.“ Er könne auch einstellen, daß man ihm das Lokal schenke.“ Bückeburg liegt im Kreise des Landrats und Reichstagsabgeordneten Dr. jur. Hegensteid in Bückeburg.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 30. Woche (vom 9. bis 15. Dezember 1917) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Entrichtung der Beiträge.

Achtung Verbandsmitglieder!

Trotz wiederholter Anklärung laufen bei uns noch immer Beschwerden darüber ein, weil die Zeitungspakete den Ortsverwaltungen nicht rechtzeitig zugestellt werden. Vielfach erheben auch die Mitglieder Beschwerden, daß ihnen die Voten der Zeitung zu spät bringen. Es wird von uns verlangt, daß wir die Hilfe schaffen sollen. Darauf sei mitgeteilt, daß die Zeitungspakete regelmäßig jeden Montag nachmittags zwischen 5-6 Uhr hier zur Post gegeben werden. Die verspätete Zustellung liegt also nicht im Verschulden unserer Expedition, sondern ist auf die mangelhaften Verkehrsverhältnisse zurückzuführen. Wir bitten alle Funktionäre und Mitglieder, darauf Rücksicht zu nehmen.

Um Licht und Heizungsmaterial

zu sparen, wird auf unserem Hauptbureau von Montag, den 9. Dezember ab, die durchgehende Arbeitszeit eingeführt. Das Bureau ist nur bis nachmittags 4 1/2 Uhr geöffnet. Unsere Funktionäre und Mitglieder wollen dies bitte beachten.

Bücherrevisionen.

Um den Revisionen unnötige Wege zu sparen, wird ersucht, die Mitgliedsbücher bereit zu halten.
Wien. Vom 15. bis 31. Dezember.
Wille. Vom 16. bis 22. Dezember.
Datteln. Vom 18. bis 24. Dezember.
Studenitzsch. Vom 16. bis 23. Dezember.

Kassabestrag.

Jedes Mitglied ist verpflichtet, den Kassabestrag zu zahlen. Nichtzahlung hat die Entziehung kameradschaftlicher Unterstützungen zur Folge.
Königsborn. Ab 1. Januar 1918 wird pro Woche und Mitglied ein Beitrag von 5 Pf. erhoben, nebst dem die Kassapendematke in Portfall kommt.

Kassapendematken.

In folgenden Zahlstellen werden Kassapendematken à 10 Pf. gefordert:
Dahlhausen II. Im Monat Dezember werden Kassapendematken gefordert.

Verständigung. Die Zahlstelle Wödinghausen ist irrtümlich als Heilani für den Monat September aufgeführt worden. Wödinghausen bitte ordnungsgemäß abgerechnet.
Hauptkasse.

Sterbetafel

Im Monat November sind folgende Mitglieder gestorben:
Rudolf Kempla, Altenbodum.
Ludwig Henschel, Gg.-Bvondische.
Leonhard Fischer, Steinthal.
Germann Köster, Wiltau.
Fritz Koch, Krauel.
Paul Kuntel, Gilsleben.
Franz Markus, Post.
Wahelm Penn, Julerum.
Adolf Strembeck, Gelsenkirchen.
Heinrich Gilling, Wredten.
Ernst Siebermann, Deuben II.
Karl Desfried, Lugau.
A. Gring, Gie I.
F. Selke, Breitingen-Regis.
F. Schulte, Brumbauer I.
Adam Nieborowski, Erzhow.
G. Leidmann, Saffel.
Gerb. Dicks, Berge-Verbeid.
Friedr. Sumtsch, Berge-Verbeid.
Wilk. Meißel, Gasse.
Gustav Schürmann, Marzen.
Karl Nollmann, Linen-E.
Friedr. Fider, Wiltau.
Fritz. Borgmann sen., Estler.
Wing. Jostgornik, Jandowitz.
Adolf Liebert, Laer.
Germann Ernest, Hohenmühlen.
Josef Wilmal, Rodwitz.
Johann Kröger, Döpel.
Friedr. Frosch, Görde.
Fritz. Jung, St. Jünger.
Ed. Hüner, D. Neuenfamb.
Karl Seeger, Königsborn.
Joh. Tramer, Feysberg.
Edw. Reus, Gelsenkirchen III.
Kurt Krause, Jüdenhain.
Germ. Gant, Unterwerzchen.
Zwief. Witzner, Gellhammer.
Leonhard Bergner, Sterkrade II.
Alloys Haber, Saarbrücken.
Otto Wamants, Gelsbra.
Jul. Ginzler, Brodel.
Fritz. Kautmann, Linen-E.
August Bauer, Ober-Altsoffer.
Fugo Wegener, Döpel I.
Gustav Weber, Witten.
Friedr. Vollmer, Altneffen I.
Ignaz Katus, Bodum-Güdel.
August Tenzel, Gelsbra.
Wilhelm Bütz, Mühlthal.
Wilhelm Müller, Bodum VII.
Lorenz Matzdorf, Gölth-Wärnt.
Richard Wustapp, Barop.
Germ. Schwärze, Gölth.
Paul Haeffke, Gölth I.
F. Brinmann, Brinmannshausen.
G. Helmmann, Studum.
August Winkler, Baumern.
Germ. Meiner, Gersdorf.
Joh. Speicher, Gilsinghofen.
Wilhelm Thamm, Schmiedeberg.
Albert Pomper, Gersdorf.
Joh. Gzaja, Postgewitz.
Wilk. Thiemann, Ueberbruh.
Emil Wenzel, Ueberbruh.
Mart. Scherwoske, Ueberbruh I.
August Dahlhaus, Mühlth.
Germann Stranger, Mühlth II.
Johann Grabowski, Gölth II.
Fritz Sauer, Saarbrücken.
G. Knappe, Schonnebeck II.
Hilfons Perolina, Königsborn.
Johann Spittel, Ueberbruh.
Fritz Dik, Gölth II. Ueberbruh.
Wir werden das Andenken der Verstorbenen in Ehren halten!

Ortsverwaltungen, spart Papier!

Zu kleinen Mitteilungen und zur Bestellung von Kalendern und Büchern genügt ein kleiner mit dem Zahlstellenstempel versehenen Zettel vom Schreiberloft.